

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Michael Hörter (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums des Innern und für Sport

Linux-Migration in der Vermessungs- und Katasterverwaltung Rheinland-Pfalz

Die **Kleine Anfrage 878** vom 18. Juli 2007 hat folgenden Wortlaut:

In den Jahren 2006/2007 wurde in der Vermessungs- und Katasterverwaltung vom bisherigen Betriebssystem Windows auf das Betriebssystem Linux umgestellt. Bislang hat keine weitere Stelle der Landesverwaltung Server oder Clients auf Linux umgestellt. Ich frage die Landesregierung:

1. Passt das Betriebssystem Linux in die IT-Landschaft des Landes Rheinland-Pfalz? Wenn ja, warum?
2. Warum wurde die bisherige Einheitlichkeit im Hinblick auf das in der rheinland-pfälzischen Verwaltung verwendete Betriebssystem aufgegeben?
3. Wie hoch waren die Kosten für die Einführung des neuen Betriebssystems, aufgeschlüsselt nach Migrationskosten, Kosten für die landesweite Schulung der Mitarbeiter der Vermessungs- und Katasterverwaltung und Softwarekosten?
4. Bewegen sich die Kosten der Umstellung im Rahmen der Projektierung?

Das **Ministerium des Innern und für Sport** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 6. August 2007 wie folgt beantwortet:

Die Vermessungs- und Katasterverwaltung Rheinland-Pfalz war im Jahr 2003 gehalten, eine Ablösung der bis dahin verwendeten Produkte HP-UX (Unix-Server-Betriebssystem), Windows NT Workstation (Client-Betriebssystem) und MS Office 97 vorzubereiten. Ursache hierfür waren einerseits die sehr stark rückläufige Marktbedeutung des Betriebssystems Unix und andererseits die Aufkündigung des Supports für die in der Vermessungs- und Katasterverwaltung verwendeten Produkte durch die Firma Microsoft. In dieser Situation wurden für die Nachfolge die Varianten Open-Source-Software (OSS) und Windows eingehend untersucht. Die Entscheidung fiel aufgrund wirtschaftlicher und strategischer Vorteile zugunsten des künftigen Einsatzes von OSS aus. Allein der monetäre Vorteil wurde, bezogen auf die ersten fünf Jahre nach der Umstellung, mit insgesamt etwa 1,2 Mio. EUR erwartet.

Die Entscheidung steht im Einklang mit der im April 2006 veröffentlichten Strategie der Landesverwaltung Rheinland-Pfalz, den Anteil an OSS in der Landesverwaltung mittel- bis langfristig zu erhöhen (MinBl. 2006, S. 92). Mit dieser Strategie, die auf dem Beschluss der Innenministerkonferenz vom 8. November 2001 basiert, sollen die Potenziale, die der Einsatz von OSS bietet, genutzt werden. Hierzu gehören insbesondere die Verringerung der Abhängigkeit von einzelnen Software-Anbietern sowie die Unterstützung von offenen Standards, die eine Voraussetzung für eine langfristige Interoperabilität mit anderen Produkten darstellt und eine Wahlfreiheit beim Einsatz von Informationstechnologie erst ermöglicht.

Aus dem Einsatz von OSS in dem weitgehend eigenständigen Bereich der Vermessungs- und Katasterverwaltung können außerdem wichtige Erkenntnisse und Erfahrungen für die strategische Weiterentwicklung des Einsatzes von OSS in der Landesverwaltung gewonnen werden.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

b. w.

Zu 1.:

Ja.

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen. Linux als eine Alternative zu den klassischen proprietären Betriebssystemen genügt in den Punkten Sicherheit, Verfügbarkeit und Service den gleichen Ansprüchen und bietet darüber hinaus im Bereich der offenen Standards Vorteile. Daher werden beispielsweise im Rechenzentrum des Landesbetriebs Daten und Information (LDI) inzwischen fast 20 % der Server mit dem Betriebssystem Linux betrieben.

Zu 2.:

Der hohe Anteil von Microsoft-Produkten in der Landesverwaltung resultiert aus der allgemein starken Verbreitung dieser Softwareprodukte am Markt. Die Vermessungs- und Katasterverwaltung hat hingegen schon immer HP-UX als Server-Betriebssystem eingesetzt. In Ausführung der IT-, E-Government- und Multimediastrategie der Landesverwaltung für die Jahre 2006 bis 2011 wurde zur Erarbeitung von IT-Standards zwischenzeitlich eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe eingerichtet. Auf der Ebene der Protokolle, Schnittstellen und Austauschformate sollen hier offene, hersteller- und produktneutrale Standards festgelegt werden. Auch bei Standardsoftware sollen in dieser Arbeitsgruppe Produktfestlegungen erfolgen, wobei allerdings neben einer kommerziellen Software zumindest alternativ auch ein frei verfügbares Produkt (OSS) vorzusehen ist.

Zu 3.:

Die Einführung des Betriebssystems Linux und der Open-Office-Anwendungen in der Vermessungs- und Katasterverwaltung ist mit einer gleichzeitigen umfassenden fachlich und technisch veranlassten Weiterentwicklung der Fachanwendungen einhergegangen. Insofern sind die dabei entstandenen reinen Kosten für die Migration (Lizenz-, Beratungs-, Personal-, Schulungs- und Softwareanpassungskosten) nicht isoliert erfasst worden und wären in der gewünschten Form nur mit einem unvertretbar hohen Aufwand zu ermitteln. Zu den einzeln angesprochenen Posten der Migration können folgende Angaben mitgeteilt werden:

- Beratungskosten
Der Aufwand externer Dienstleister während des Migrationszeitraums von Juni 2004 bis September 2006 betrug insgesamt rd. 0,5 Mio. €; für Pflege und Unterstützung sind danach jährlich etwa 120 000 € zu veranschlagen.
- Kosten für die landesweite Schulung
Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Vermessungs- und Katasterverwaltung wurden im Wege der Multiplikatorenschulung mit eigenem Personal eingewiesen. Der Schulungsumfang umfasste jeweils etwa einen halben Arbeitstag für Linux und die Open-Office-Anwendungen. Haushaltswirksame Kosten für Dritte sind nicht angefallen.
- Softwarekosten
Durch den lizenzkostenfreien Einsatz von OSS fallen lediglich Pflegekosten für das Server-Betriebssystem von rd. 70 000 € bezogen auf die ersten fünf Betriebsjahre an.

Bei den Kostenangaben ist zu berücksichtigen, dass auch bei dem Wechsel zu Windows-Produkten Beratungs- und Schulungskosten angefallen wären. Der wesentliche Einsparungseffekt beim Einsatz von OSS wird durch den Wegfall von Lizenzkosten bewirkt, die im Falle der Vermessungs- und Katasterverwaltung bezogen auf die ersten fünf Jahre aus heutiger Sicht ca. 2 Mio. € betragen.

Zu 4.:

Ja.

Karl Peter Bruch
Staatsminister